



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672638

Inhaltsverzeichnis

vom 12. Mai 1949

Gegen Verschwendung und Bürokratie
Zur Durchführung der Steuerreform

Nachrichten

Der Westen antwortet dem Deutschen Volksrat
Warenbegleitscheine für die Ostzone
Belgschaften stimmen am Vormittag ab
Werkstätige finanzieren Werbeausgaben für Volkskongresswahlen
Jeder Brief wirbt mit dem "Ja"-Stempel
Ein Wort an alle Christen
Magdeburger Mediziner fordern zur Wahl auf
Jeder trägt zur Planerfüllung bei
Aussaat in Sachsen-Anhalt beendet
Landwirtschaftliche Betriebsdelegationen beim SED-Landes-
vorstand Sachsen-Anhalt
Minister danken Traktorenaktivisten
30 Tage - 19 Verbesserungsvorschläge
Solche Meister brauchen wir
Besser verteilen
Die Jugend schafft es
Bei der Baumblüte in werder
Stabile Finanzgrundlage der Ostzonen-Wirtschaft
Reinrich mau sprach in der Vollsitzung der DWK

Pressestimmen

Gegen Tarifierhöhungen der Reichsbahn in der Bizone
2,39 DM statt 120 DM

Kommentare

Auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Repräsentation
SPD-Presse- Fürsprecher der Kolonialherrschaft
Krupp und Flick als Statthalter wallstreets

Artikeldienst

Erneutes Gelöbnis in Mauthausen (von Franz Dahlem)
Kontrollkommissionen und Volkskontrolle (Fritz Lange)

Stimmen des Auslandes

Die Völker-Latein-Amerikas sind für den Frieden
Streiflichter zur finnischen Situation
"Herrlicher Baikal, du heiliges Meer..."

Zur Information

Liberia, die afrikanische Kolonie der USA

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

Gegen Verschwendung und Bürokratie
Appell des Politbüros der SED

Das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 10. Mai 1949 mit der Finanzpolitik und den Fragen des Haushaltsplanes der Länder und der zonalen Verwaltungen der sowjetischen Besatzungszone für das Haushaltsjahr 1949 (vom 1. April bis 31. Dezember 1949). Es lenkt die Aufmerksamkeit der Partei und der gesamten Bevölkerung auf die Bedeutung des Finanzplanes als eine der Grundlagen für die Durchführung des Zweijahrplanes und fordert zu grösster Sparsamkeit auf. Insbesondere weist es auf die Notwendigkeit der genauen Einhaltung des Finanzplanes in den volkseigenen Betrieben hin. Jeder Arbeiter, Angestellte und Ingenieur dieser Betriebe muss sich verpflichtet fühlen, sein Möglichstes dazu beizutragen, die Rentabilität der volkseigenen Betriebe zu sichern und die Selbstkosten zu senken.

Das Politbüro unterstreicht die Verantwortlichkeit aller Mitarbeiter der Verwaltung, die noch zu hohen Verwaltungskosten zu senken und bringt erneut den Beschluss der Berliner Verwaltungskonferenz der SED in Erinnerung, die gesamten Verwaltungskosten um 10 % zu senken.

Noch immer besteht bei einer Reihe von Verwaltungen ein aufgeblähter Apparat. Das Kreisamt Köthen soll nach der errechneten Schlüsselzahl etwa 200 Angestellte beschäftigen; es beschäftigt weit über 300 Angestellte. In Sachsen wurden bereits durch eine stärkere Kontrolle die Telefongebühren bis zu 34 %, die Telegrammgebühren bis zu 24 % herabgesetzt. Bei der Landesregierung in Potsdam sind demgegenüber offenbar Blitzgespräche von mehr als zweistündiger Dauer sehr beliebt. Eines dieser Gespräche kostete nicht weniger als 1 200 DM! Ein Angestellter des Ministeriums für Volksbildung besuchte in Cottbus den Pädagogischen Kongress. Er gab abends seine Eindrücke in einem Blitzgespräch, das 400 DM kostete, nach Potsdam. Am anderen Morgen war er selbst in Potsdam.

Der Kampf um eine sparsame Verwaltung ist der Kampf um ihre Demokratisierung und Entbürokratisierung. Das Politbüro ruft alle demokratischen Kräfte auf, diesen Kampf zu unterstützen. Es regt an, in der Verwaltung Wettbewerbe zu entwickeln, um die Arbeitsmethoden zu verbessern und entscheidende Sparmassnahmen durchzuführen.

Die Landesregierung Potsdam hat bereits ihre Ministerien verpflichtet, 10 % der im Jahresetat festgelegten Verwaltungskosten bis zum 30. Juni 1949 einzusparen. Die Einsparung soll durch bessere Organisation und Anwendung neuer Arbeitsmethoden in den einzelnen Hauptabteilungen und Abteilungen erzielt werden.

Die Betriebsgewerkschaftsleitung der Landesregierung wird diesen Beschluss durch einen Wettbewerb unterstützen.

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

Zur Durchführung der Steuerreform

(PD)

Von der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der SED wird zur Durchführung der Steuerreform folgendes mitgeteilt:

Die mit Wirkung ab 1.4.1949 von der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossene Steuerreform beweist die gesunde Finanzlage der sowjetischen Besatzungszone, da die betfächtliche Steuersenkung zu einer Zeit erfolgt, in der aufgrund des Zweijahrplanes bedeutende öffentliche Mittel für den Neuaufbau unserer Wirtschaft verwendet werden. Alle Werktätigen haben diese Steuerreform sehr begrüsst, weil sie eine wesentliche Einkommensverbesserung für alle arbeitenden Menschen bedeutet.

Leider ist festzustellen, dass die neuen, ermässigten Steuersätze bisher nicht berechnet werden konnten, weil die zuständige Verwaltung noch nicht die notwendigen Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben hat. Zahlreiche Anfragen der werktätigen Bevölkerung lassen wegen dieses unerklärlichen Zögerns der Verwaltung eine verständliche Enttäuschung erkennen. Gleichzeitig nutzen verantwortungslose Gerüchtemacher die Verzögerung aus, um unter den Steuerpflichtigen Verwirrung zu stiften, die aber völlig unbegründet ist, denn die Steuerreform ist seit dem 1.4.1949 in Kraft und selbstverständlich durchzuführen.

Die Bevölkerung erwartet mit Recht, dass die Verordnung der DWK von der zuständigen Fachverwaltung zu dem vorgesehenen Termin verwirklicht wird. Wir erwarten von der Deutschen Wirtschaftskommission, dass sie ohne weiteren Aufschub die Ausführungsbestimmungen zur Steuerreform bekanntgibt.

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Der Westen antwortet dem Deutschen Volksrat.

B e r l i n , 12.5. (N.D.)

Das Sekretariat des Deutschen Volksrates erhielt folgendes Telegramm:

"Die junge Generation ergreift Initiative - gewünschte Vorbesprechung zum 20. Mai in Hamburg angesetzt - treffen hier Vorbereitungen - entsendet Kommission - drahtet umgehend Zusage.

Präsident Aktionsgemeinschaft
für einiges Deutschland"

Ferner stellte - in einem beim Sekretariat des Volksrats eingegangenen Telegramm - Prof. Dr. Ulrich N o a c k , Würzburg, folgende Gedanken zur Diskussion:

"In Beantwortung Ihres Telegramms halte ich gesamtdeutsche Beratungen über Verwirklichung der Einheit Deutschlands und über Memorandum an Außenministerkonferenz für aussichtsreich, wenn Ihrerseits schon jetzt die immerwährende unbewaffnete Neutralität Deutschlands und kleine, gering bewaffnete Polizeikräfte unter Autorität jeder einzelnen Landesregierung der Bundesrepublik Deutschland, die keinem Paktsystem beitrifft, als Beratungsgrundlage vorgeschlagen werden. Nur dann kann Herstellung der Wirtschaftsfreiheit Deutschlands auf eigenem Boden und in Zusammenarbeit mit seiner ganzen Umwelt sowie Beschränkung der internationalen Kontrolle auf Verhinderung von Waffenproduktion in Deutschland von uns gemeinsam vorgeschlagen und erstrebt werden, ohne neues Misstrauen zu säen. Unter solchen Voraussetzungen halte ich die Annahme Ihrer Aufforderung für selbstverständliche Pflicht im Sinne der Wiedervereinigung Deutschlands und der Befriedung Europas.

/zu gesamtdeutschen Be-

Professor Dr. Ulrich Noack" sprechungen

Warenbegleitscheine für die Ostzone

K i e l , 12.5. (E.B.)

Das Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr Schleswig-Holsteins stellt ab heute aufgrund von Anweisungen der britischen Militärregierung und der bizonalen Behörde mit gewissen Einschränkungen Warenbegleitscheine für Lieferungen in die Ostzone und nach Berlin aus. Für land- und forstwirtschaftliche Urprodukte, ferner für Nahrungs- und Genussmittel ist das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständig.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

12. Mai 1949

- 2 -

Belegschaften stimmen am Vormittag ab

G ö r l i t z , 12.5. (E.B.)

Die Belegschaft der Waggonbauwerke Görlitz beschloss in 21 Abteilungsversammlungen, am 15. Mai bereits bis 11 Uhr vormittags ihr "Ja" für die Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongress abzugeben.

Von 8 Delegierten der Stadt kommen 2 aus den Waggonbauwerken. In der volkseigenen Fabrik für keramische Maschinen in Görlitz wurde von den Betriebsangehörigen der Beschluss gefasst, am 15. Mai bis um 13 Uhr restlos das "Ja" für die nationale Einheit und einen gerechten Frieden abzugeben.

Werkstätige finanzieren Werbeausgaben für Volkskongresswahlen

Z w i c k a u , 12.5. (E.B.)

Die Arbeiter und Angestellten des Textilbetriebes Jung & Simons, Zwickau, arbeiten zwei Stunden zusätzlich und führen den Verdienst an eine Kasse ab, aus der die Werbekosten für die Volkskongresswahlen bestritten werden. Ausser den Geldmitteln für Druck und Verbreitung von Flugblättern und Plakaten, Herstellung und Anbringung von Transparenten und einer Wandzeitung werden auch die Ausgaben für die Gratisverteilung der Wochenzeitung "Deutschlands Stimme" aus dem Werbefonds bezahlt.

Jeder Brief wirbt mit dem "Ja"-Stempel

Z w i c k a u , 12.5. (E.B.)

Alle das August-Bebel-Werk und den Textilbetrieb Jung & Simons verlassenden Briefe, Karten, Rechnungen, Lieferscheine, Aufkleber usw. werben mit dem Stempelaufdruck "Am 15. Mai Dein Ja für Deutschland" für die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress.

Ein Wort an alle Christen

S c h w e r i n , 12.5. (E.B.)

Zu den Wahlen am 15.-16. Mai schreibt Pastor Karl Fischer, Neustrelitz, u.a.:

Es handelt sich bei den bevorstehenden Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress um keine parteipolitische Abstimmung. Die Wahl ist gedacht und proklamiert als eindeutiges Bekenntnis zur Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden, für Abzug der Besatzungstruppen, für Beseitigung der Zonengrenzen, für Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes.

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Nachrichten - 3 -

Das ist ein Ziel, das wir nicht nur bejahen können, sondern das wir als Christen bejahen müssen. Die Zerreißung unseres Vaterlandes wirkt sich auch für uns verhängnisvoll aus. Wenn uns hier Gelegenheit gegeben ist, unsere Stimme für die Beseitigung dieses unerträglichen Zustandes zu erheben, dann dürfen wir diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Hören wir nicht auf die katastrophenpolitiker, die alles Heil von einer kriegerischen Auseinandersetzung erwarten. Eine solche Einstellung würde dem Geiste des Christentums auf das schärfste widerstreiten, denn "alle, die zum Schwerte greifen, werden durch das Schwert umkommen".

Darum möge der Appell aller derjenigen, die sich ehrlich um eine Verständigung und friedliche Regelung der bestehenden Differenzen bemühen, in unseren Kreisen nicht ungehört verhallen. Wo es um den Frieden und die Einheit unseres Volkes und Vaterlandes geht, wollen wir Christen in vorderster Linie stehen. Möchten darum alle auf christlicher Grundlage stehenden Mitbürger ihre Pflicht am kommenden Sonntag erfüllen mit einem freudigen "Ja" für die Einheit Deutschlands und den Frieden."

Magdeburger Mediziner fordern zur Wahl auf

M a g d e b u r g , 12.5. (E.B.)

Alle in der IG 15 - Abteilung Gesundheitswesen, Abrechnungsstelle Magdeburg, organisierten Ärzte, Zahnärzte und Apotheker einschliesslich des Apothekenpersonals fordern das gesamte deutsche Volk auf, den Ruf zur Einheit und zum Frieden mit einem millionenfachen "Ja" zur Wahl des 3. Deutschen Volkskongresses am 15.-16. Mai zu bekräftigen. Gleichzeitig richten die Vertreter der Heilberufe, die das Elend und die Wunden des Krieges tagtäglich vor Augen sehen, die Aufforderung an die verantwortlichen Staatsmänner der Vereinten Nationen: "Gebt dieser gequälten und zerrissenen Welt endlich den Frieden. Gebt allen, die guten Willens sind, wieder die Möglichkeit, in friedlicher Arbeit eine neue Welt der Verständigung und Zusammenarbeit aufzubauen. Gebt der Jugend eine Zukunft, gebt den Alten und Betagten einen gesicherten Lebensabend. Gebt Deutschland den Frieden, ohne den auch Europa und die Welt nicht Ruhe finden können. Gebt dem deutschen Volke die von ihm erstrebte Einheit und damit die Möglichkeit, nach demokratischen Grundsätzen seine Zukunft zu gestalten und seinen Platz einzunehmen in der Gemeinschaft der freien und friedliebenden Völker."

Jeder trägt zur Planerfüllung bei
aussaat in Sachsen-Anhalt beendet

H a l l e , 12.5. (T.R./E.B.)

Sachsen-Anhalt hat die gesamte Frühjahrspflanzung auf 824 419 Hektar Ackerfläche beendet. Die ersten Plätze beim Abschluss der Frühjahrspflanzung nehmen die Kreise Eckartsberga, Querfurt, Bernburg und Schweinitz ein. Mit Spitzenleistungen haben sich gleichfalls der Saalkreis, die Mansfelder Kreise sowie die Kreise Merseburg, Zeitz und Blankenburg in die Ehrenliste der Landwirtschaft eingetragen.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

Nachrichten - 4 -

Die diesjährige Rübenbestellung hätte noch günstiger abgeschlossen werden können, wenn nicht infolge Ausbreitung von Ribenschädlingen örtliche Verzögerungen unvermeidbar geworden wären. Doch auch hier sind für die Zukunft die wesentlichsten Schutzmassnahmen vor allem in der Derbrüßlerbekämpfung getroffen worden. Die mit Fanggräben umzogene Fläche beträgt insgesamt 160 397 Hektar.

In den Ländern Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg steht die Aussaat kurz vor dem Abschluss. Alle im Plan vorgesehenen landwirtschaftlichen Frühjahrsarbeiten sind ^{zu} mehr als 90 % ausgeführt worden.

Landwirtschaftliche Betriebsdelegationen beim SED-Landesvorstand
Sachsen-Anhalt

H a l l e , 12.5. (E.B.)

Auf der Sitzung des SED-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt in Halle erschienen Delegationen der deutschen Saatzuchtgesellschaft Hadmersleben, und der Maschinen-Ausleihstation Miernberg, um der Partei für die Initiative zu Arbeitswettbewerben zu danken. Die Belegschaften beider Betriebe waren für Bestleistungen im Produktionswettbewerb vom FDGB und der DWK ausgezeichnet worden. Der SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt beglückwünschte die Landarbeiter zu ihren Erfolgen und sprach den Wunsch aus, ^{daß} auch weiterhin arbeitsfreudig an der Erfüllung des Zweijahrplanes teilzunehmen zu sehen.

Minister danken Traktorenaktivisten

S c h w e r i n , 12.5. (E.B.)

Der mecklenburgische Landwirtschaftsminister und der Landtagspräsident empfangen in Gegenwart von Vertretern des politischen und wirtschaftlichen Lebens 14 Traktorenaktivisten, um ihnen für ihre vorbildlichen Arbeitsleistungen zu danken. Die Traktorenaktivisten erhielten als äussere Zeichen der Anerkennung Textilwaren und je einen Arbeitsanzug, während fünf Traktoristen zu einem achttägigen Urlaub in das Ostseebad Ahrenshoop fahren werden. Der Jungtraktorist Müller wurde die FDJ-Aktivistennadel und das Abzeichen des Weltjugendbundes überreicht.

30 Tage - 19 Verbesserungsvorschläge

M a g d e b u r g , 12.5. (E.B.)

Die Abteilung Vorschlagswesen im Braunkohlenkombinat Nachterstedt prämierte im Monat April 19 von Betriebsangehörigen gemachte brauchbare Produktionsvorschläge.

Das dem Kombinat angeschlossene Sauerstoffwerk Osternienburg konnte bereits am 4. Mai melden, dass die Belegschaft das Produktionssoll des Halbjahres erfüllt hat.

- 5 -

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 12. Mai 1949
- 5 -

Solche Meister brauchen wir

Leipzig, 12.5. (E.B.)

Gaswerke gehören zu den lebenswichtigen Versorgungsbetrieben. Hier darf es keinen Stillstand geben. Am Sonnabend brach im Gaswerk Leipzig die Kettenradwelle zum Löschwasserschlepper. Die Reparaturwerkstätten hatten Feierabend. Der Schichtschlosser kann nicht schweißen. Ohne lange Überlegung handelte der Schichtgasmeister Otto Schröter. Bald war der Schweissapparat zur Stelle. In einer Stunde war der Schaden behoben. Der Produktionsablauf an Gas, besonders aber an Koks, erlitt keine Verzögerung. Und die Schicht des Gasmeisters Schröter bekam wertvolle Punkte im innerbetrieblichen Wettbewerb. Diesmal war es ein verhältnismässig geringfügiger Schaden. Seine Behebung zeigt uns, wie wir zu einem besseren Leben gelangen. Dieser Geist muss alle Meister erfassen.

Besser verteilen

Aschersleben, 12.5. (E.B.)

Seit einiger Zeit überschneidet das Kombinat Nachterstedt die Betriebe in Aschersleben mit grossen Kohlenmengen, während sonst wochenlang überhaupt keine Kohlenwaggons eingehen. Dazu wird der Magdeburger "Volksstimme" aus Nachterstedt geschrieben: Seit einigen Wochen macht sich in den einzelnen Braunkohlenrevieren eine Verknappung der Kohleaufträge bemerkbar. Wir sind auf dem Punkt angelangt, dass wir täglich, ja oftmals stündlich, telefonisch Rücksprache halten müssen, um die notwendigen Versandaufträge für die einzelnen Planzüge (die uns von der Reichsbahn vorgeschrieben werden und eine Beschleunigung des Waggonablaufs und eine Einsparung der Loks erbringen) zu erhalten. Einzelne Braunkohlenwerke mussten schon die Förderung einschränken, weil die Industriebetriebe teilweise mit Kohle übersättigt sind. Dieser Zustand wirkt sich nun so aus, dass die wenigen Aufträge, die im Augenblick vorliegen, sofort in voller Höhe erledigt werden. Dadurch ist auch der Zustand zu verzeichnen, dass die einzelnen Firmen stossweise grosse Kohlenmengen zugeführt bekommen. Wir möchten diese Mängel dem Mitteldeutschen Verkaufskontor in Leipzig, das der Verkäufer der Produktion ist, aufzeigen, damit durch eine richtige Verteilung der Kohle, die an den verschiedensten Stellen dringend gebraucht wird, schnellstens Abhilfe geschaffen wird.

Die Jugend schaffte es

Haldensleben (E.B.)

Auf dem Landesgut Ueplingen drohten die Bestellarbeiten ins Stocken zu geraten. 18 Morgen Acker mussten noch abgedüngt werden, und zwar sehr schnell, sonst wäre der Dampfpflug zum Stehen gekommen. Die Gespanne des Gutes waren anderweitig eingesetzt. Da vereinbarte der Jugendleiter mit dem Treckerfahrer, dass die Jugend einspringen werde. Zwölf Jungen und acht Mädchen opferten ihren Sonnabend-nachmittag. Was niemand geglaubt hätte, war in fünf Stunden geschafft, ohne dass der Dampfpflug zu halten brauchte. "Wenn ich Vollarbeiter eingesetzt hätte", sagte der Betriebsleiter, "wäre das mit 20 Personen nicht gelungen; aber der freiwillige Einsatz zeigt, wozu die Jugend fähig ist".

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 12. Mai 1949
- 6 -

Bei der Baumblüte in Werder

beginnt "Der Augenzeuge" Nr. 19/49 seine Vorschusslorbeeren an den Frühling 1949 zu verteilen. Dann führt er uns zur Museumsinsel am Berliner Lustgarten; In der Nationalgalerie arbeitet man bereits an der Wiederherstellung der Ausstellungsräume. Auf dem Wittenbergplatz im britischen Sektor Berlins trafen sich zweitausend Studenten zu einer Demonstration gegen die Westberliner Verwaltungsbehörden. - Aus der Betriebsberufsschule Espenhain erhalten wir einen Bericht über die Heranbildung qualifizierten Nachwuchses für den Bergbau. - Zweitausend Arbeiter und Techniker übergeben im R.A.W. Stendal zwei neue Kohlenstaub-Lokomotiven dem Verkehr. - Deutsche Schriftsteller brachten von einem Besuch des Dorfes Lidice in der Tschechoslowakei einen mahnenden Bildbericht mit. - Zehntausend Gewerkschaftsdelegierte, Vertreter der Leningrader Werktätigen, versammelten sich im Winterstadion zu einer grossen Kundgebung. - Am Weltfriedenskongress in Paris und an der Friedenskundgebung der 500 000 im Pariser Buffalo-Stadion können alle Kinobesucher mit den 69 Nationen teilnehmen. - Abschliessend besuchten wir die MAS "Ernst Thälmann" und den Traktoristen Reinhard Perlewitz, der gleichzeitig einer der 1 500 Kandidaten zum 3. Deutschen Volkskongress ist. - Weiter werden uns eine Reihe verdienter Arbeiter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vorgestellt, die ebenfalls als Kandidaten aufgestellt sind. - Mit dem Aufruf, am 15. und 16. Mai mit einem "Ja" zu stimmen, schliesst "Der Augenzeuge" ab.

Stabile Finanzgrundlage der Ostzonen-Wirtschaft

Heinrich Rau sprach in der Vollsitzung der DWK

B e r l i n, 12.5. (E.B.)

Am heutigen Vormittag begann in Berlin die Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission, die in der Hauptsache der Finanzwirtschaft der Ostzone gilt. Der Vorsitzende der DWK, Heinrich Rau, eröffnete die Sitzung und gedachte zunächst des durch Unfall aus dem Leben geschiedenen Minister für Handel und Versorgung von Sachsen-Anhalt, Wiegand. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Heinrich Rau wies dann auf die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen hin, durch die der Interzonenverkehr ab heute wiederhergestellt wurde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen der Aussenminister in Paris über die Wiederaufnahme des Interzonenverkehrs hinaus das Ergebnis haben mögen, die Zonengrenzen in Deutschland schnellstens zu beseitigen, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, einen Friedensvertrag abzuschliessen und den Abzug der Besatzungstruppen in möglichst kurzer Frist festzulegen.

Die Störungspolitik der westlichen Besatzungsmächte, die zur Einstellung des Interzonenverkehrs führte, hat, so erklärte Heinrich Rau, Schiffbruch erlitten. Das zeigte die Durchführung des Halbjahrplanes und wird weiter erhärtet durch die Planerfüllung im ersten Quartal dieses Jahres, während die Wirtschaftslage in Westdeutschland, wie General Robertson kürzlich sagte, nur einen Esel befriedigen könnte. Die beginnende Wirtschaftskrise der kapitalistischen Länder mache sich beson-

Im Haushaltsplan des Jahres 1949, d.h. für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1949 übersteigen die Einnahmen in Höhe von 11.985 Millionen die Ausgaben von 10.810 Millionen DM um 1,175 Milliarden DM. Diese Zahlen sind ein überzeugender Beweis für die fortschreitende Stabilisierung der Wirtschaft in der sowjetischen Zone Deutschlands. Das erlaubt uns, mit größtem Optimismus in die Zukunft zu blicken.

Die Ausgaben im Haushalt für das Jahr 1948, 12.890 Millionen DM, wurden voll gedeckt. Die Einnahmen betragen 13.254 Millionen Mark. Das Einnahmesoll wurde mit 104,1 Prozent und das Ausgaben-soll mit 101,2 Prozent erfüllt. Aus der überplanmäßigen Steigerung der Einnahmen wurde eine Reserve aus Haushaltsmitteln in Höhe von 364 Millionen Mark geschaffen.

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n
=====

Gegen Tarifernöhungen der Reichsbahn in der Bizone

B e r l i n

Während in Berlin der neue S-Bahntarif noch am gleichen Tage wieder aufgehoben wurde, weil die Praxis ergab, daß er eine Belastung der Werktätigen gewesen wäre, haben die Vertreter der Arbeiterinteressen in der Bizone bisher ergebnislos gegen die 50-prozentige Verteuerung der Wochenkarten protestiert. Das Bielefelder "Volksecho" schreibt zu der Forderung der KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat, die Verteuerung rückgängig zu machen:

"Weiter wird in Vorschlag gebracht, die Ausgabe von 5-Tage-Wochenkarten unter Beibehaltung der Kurzarbeiter-Wochenkarten für drei und vier Tage zu erwägen..."

In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die neuen Anordnungen der Reichsbahn in Anbetracht der finanziellen Mehrbelastung der Arbeiterschaft keineswegs gut zu heißen sind. Zahlreiche Betriebe westdeutschlands hätten sich an die Fraktion der KPD gewandt und gegen die Neuregelung der Ausgabe von Arbeiter-Wochenkarten Protest eingelegt...

Der Betriebsrat der Adam-Opel-AG in Müsselsheim hat in einem Schreiben an den Verwaltungsrat und an die Fraktionen des Wirtschaftsrates die Aufhebung dieser Anordnung gefordert. Weitere Großbetriebe westdeutschlands wandten sich in der gleichen Angelegenheit an die KPD-Fraktion und die Gewerkschaftsleitungen."

2,39 DM statt 120 DM

Was im Westen aus der vielgerühmten Aufwertung der französischen Sperrkonten für die ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, durch Währungsreform und Demontage vielfach arbeitslos geworden, herauskommt, illustriert folgender Bericht der "Neuen Volks-Zeitung" aus Essen:

"... Als die Gefangenenummer 276 882 am 23. Mai 1947 wieder ein Mensch mit Vor- und Nachname wurde, da hatte dieser Zivilist W.R. aus Essen-Katernberg eine Gutschrift über 598 Franken als Rest eines Sparkontos aus der Kriegsgefangenschaft in der Tasche. Eine der Arbeitsleistung angemessene Entschädigung erhielten die deutschen Kriegsgefangenen nicht. Von 10 Franken pro Tag wurden ihnen jeweils fünf Franken ausbezahlt, während fünf auf ein Sparkonto kamen. Um das Konto zu klingender Münze werden zu lassen, mußte er lange warten. Endlich kam ein Brief von der Landeszentralbank, in dem es hieß: "... kann ihre Forderung von 598 Franken zum Kurse von 250 Franken = 1 DM eingelöst werden... Es gelangen also 2,39 DM zur Auszahlung..."

2,39 DM sind, nach der heutigen Preislage gerechnet, 24 Zigaretten. Für die gleiche Summe hätte sich der Kriegsgefangene in Frankreich 1196 Zigaretten kaufen können, denn in der französischen Kantine kosteten 10 Zigaretten 5 Franken. Eine gerechte Währungsumstellung müßte, so sollte man glauben, dem Entlassenen die Mittel für den Ankauf der gleichen Menge geben. Das wären ungefähr 120 DM. Das ist zwar für die geleistete Arbeit keine Bezahlung, währungsgemäß aber eine gerechte Umstellung."

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Repräsentation

B e r l i n (PD)

Der Sieg des Verständigungswillens, den am 12. Mai mit der Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen das ganze deutsche Volk feierte, hat überall die Diskussion über die deutsche Einheit in Gang gebracht. Auch der "Daily Herald", das Blatt der englischen Arbeiterpartei beschäftigt sich mit der deutschen Einheit. Dabei stellt er die politische Gestalt der Westzonen der politischen Gestalt der Ostzone gegenüber, wobei er sich nicht verkneifen kann die Dinge auf den Kopf zu stellen. Im Westen gäbe es eine demokratische Verfassung und das Bevorstehen freier Wahlen, meint das Blatt, während im Osten die bevorstehenden Wahlen zum Volkskongress in keiner Weise frei sein würden, denn es gäbe nur eine einzige Kandidatenliste.

Wie steht es damit? Gibt es im Westen Deutschlands eine demokratische Verfassung? Wer hat sie beschlossen? Der Parlamentarische Rat in Bonn? Aber er hatte sich haarscharf nach den Anweisungen der Militärgouverneure zu richten. Das deutsche Volk ist nicht geragt worden, wie die Bevölkerung Westdeutschlands darüber denkt, kann man u. a. aus einem Leserbrief erfahren, den die britische Zeitung "Die Welt" am 12. Mai veröffentlicht. Es heißt da:

"Mit Befremden, ja, gerade mit Bestürzung vernimmt die Öffentlichkeit, daß das nunmehr fertiggestellte Grundgesetz ... nicht aufgrund einer allgemeinen Volksabstimmung verabschiedet, sondern durch die 11 Länderparlamente ratifiziert werden soll. Nachdem schon die Arbeit des Parlamentarischen Rates in weiten Kreisen erheblichem Mißtrauen begegnete, weil seine Mitglieder ebenfalls nicht durch das Volk, sondern durch die Länderparlamente gewählt worden waren, bedeutet diese erneute Ausschaltung der öffentlichen Meinung nicht gerade einen guten Start ..."

Aber weiter. Verfassungsfragen sind bekanntlich Machtragen. Papier ist geduldig. Das Bonner Grundgesetz ist schon deshalb ein fetzen Papier, weil die Westmächte dem Westen unseres Landes ein Mehrstatut und Besatzungsstatut aufgezwungen haben, das in Wahrheit ein Kolonialregime mit diktatorisch schaltenden Hohen Kommissaren vorsieht. Westdeutschland ist in eine Reihe von Kleinstaaten aufgespalten, die hilflos und ohnmächtig nicht nur den einzelnen imperialistischen Mächten, sondern auch der deutschen Reaktion in Gestalt von Wehrwirtschaftsführern, Konzernherren, Junkern, Militaristen und Monarchisten ausgeliefert sind. Die Organisation der werktätigen werden auf Schritt und Tritt behindert, und ein verklauseliertes und reaktionäres Mehrheitswahlssystem sichert der Reaktion bei Wahlen ein Übergewicht. Man kann sich vorstellen, was unter solchen Umständen angeblich "freie Wahlen" bedeuten.

Warum weigern sich die Westmächte und die westdeutschen Politiker, vor der Londoner Außenministerkonferenz eine gesamtdeutsche Volksabstimmung über die Einheit unseres Vaterlandes zuzulassen?

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Kommentare - 2 -

Weil die angebliche "Demokratie" in westdeutschland gerade darauf beruht, den Willen der Volksmassen, die in ihrer überwältigenden Mehrheit die Einheit fordern, auszuschalten. In der Ostzone werden die Delegierten zum Deutschen Volkskongreß vom ganzen Volke gewählt. Warum haben die einzelnen Parteien in der Ostzone keine gesonderten Listen aufgestellt? So wurde mehrmals gefragt auf der Pressekonferenz des Volksratspräsidiums, die am Mittwoch vor in- und ausländischen Pressevertretern stattfand. Klar und eindeutig antwortete Otto Nuschke:

"Diese Wahl ist keine Parlamentswahl, sondern ein Plebiszit, dessen Ziele alle antifaschistisch-demokratischen Parteien auf ihre Fahnen geschrieben haben, nämlich Einheit, gerechter Frieden, und Völkerverständigung."

Die Parteien haben sich, wie die Vorsitzenden der LDP ergänzend bemerkten, in freier Entscheidung zu dieser Lösung entschlossen. Auf die Frage, ob sich die Westzonen nach der Entwicklung in der Ostzone ausrichten, ob das Bonner Grundgesetz oder die vom Deutschen Volksrat beschlossene Verfassung die konstitutionelle Plattform bilden solle, antwortete Otto Nuschke: "Wir werden keine Prestige-Barrieren aufrichten! Wir wollen die deutsche Einheit und fördern jede Bestrebung, die zu ihr führt." Otto Grotewohl fügte hinzu, daß alle diese Fragen in gemeinsamer Beratung mit dem Parlamentarischen Rat und dem Zweizonenwirtschaftsrat geklärt werden könnten. Walter Ulbricht hob hervor, daß es jetzt darauf ankomme, eine gemeinsame nationale Front zu schaffen und dabei nicht von doktrinen Voraussetzungen auszugehen. Das deutsche Volk werde am 15. und 16. Mai seine Entscheidung darüber fällen, ob es einen gerechten Friedensvertrag wolle oder das Ruhrstatut und das Besatzungsstatut, verbunden mit einer 50-jährigen Besetzung mit westlichen Kolonialtruppen.

(W.E.)

SPD-Presse - Fürsprecher der Kolonialherrschaft

B e r l i n (PD)

Die SPD-Presse in Berlin tritt nicht nur tagtäglich für die Welt Herrschaftsbestrebungen der anglo-amerikanischen Imperialisten ein, sie ist auch für die Festigung der Kolonialherrschaft und die verschärfte Unterdrückung der unter dem Kolonialjoch stöhnenden Völker. So veröffentlichte der "Sozialdemokrat" vom Dienstag, dem 10.5.49, einen Artikel von einem gewissen Studnitz über China, der sich ganz empört über die "unverschämte" Haltung der chinesischen Volksarmee äußert, die, weit davon entfernt, sich für die Beschießung der englischen Kriegsschiffe am Jangtse zu entschuldigen, von der britischen Regierung noch Schadenersatz gefordert hätte. Wie kann sie es wagen, das Recht der Souveränität des chinesischen Volkes zu verteidigen?

Abgesehen davon, daß nach einem offiziellen Bericht des Oberkommandos der chinesischen Volksarmee das englische Kriegsschiff inmitten des chinesischen Hoheitsgebietes und im Verein mit Kanonenbooten der Kuomintang provokatorisch zuerst die demokratischen

- 3 -

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Kommentare - 3 -

Streitkräfte mit Artilleriereuer überschüttete und etwa 250 Soldaten tötete, hält die SPD-Presse offenbar die anglo-amerikanische Mischmagspolitik und die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft für die natürlichste Sache der Welt.

Der "Sozialdemokrat" erteilt sogar in dem gleichen Artikel den Imperialisten Ratschläge. Er schreibt: "Die amerikanische Ostasienpolitik wird sich nun endgültig auf die japanische Linie festlegen müssen, die Mac Arthur seit langem vorgezeichnet hat." Und nun triumpphiert die SPD-Presse über die Meldungen, daß sich die amerikanischen Imperialisten zum Einsatz von Japanern gegen die demokratische Volksarmee Chinas entschlossen haben, um wenigstens den allzu raschen Zusammenbruch und die völlige Hinwegfegung des Tschiang-Kai-Schek-Regimes hinauszuzögern.

Der "Telegraf" bleibt nicht hinter dem "Sozialdemokrat" zurück. Er wendet sich in einem Artikel vom 5. Mai scharf gegen die Dritte Republik Vietnam und ihren Präsidenten Ho Shi Minh und spricht sich wärmsten für den Statthalter des französischen Imperialismus Bao Dai aus. Wie wenig Sachkenntnis die Redakteure der SPD-Presse über die Freiheitsbewegungen in Ostasien besitzen, zeigt die Überschrift dieses Artikels "Indonesien-Nebel". Der Artikel handelt zwar von Indochina, aber im Titel wird von Indonesien gesprochen. Was tut das schon, meinen die Redakteure der SPD-Presse, ob China, Indochina oder Indonesien, es handelt sich doch um lauter "Kommunisten", "vom Kreml gelenkt". Mehr als die Hälfte der Menschheit steht mit den Volksmassen dieser Länder im Freiheitskampf gegen den Imperialismus. Die SPD-Presse aber steht treu zu den Imperialisten und versucht mit ihnen, dem Rad der Geschichte in die Speichen zu rallen. Allerdings eine vergebliche Mühe.

(H.K.)

Krupp und Flick als Statthalter Wall Streets

B e r l i n (PD)

Erneute, sehr ernste Versuche werden unternommen, den Aufbau einer unabhängigen, einem besseren Leben unseres Volkes und dem Frieden dienenden deutschen Industrie zu verhindern. Es handelt sich um nicht weniger als gemeinsame Anstrengungen abgeurteilter deutscher Kriegsverbrecher und amerikanischer Finanzkapitalisten, die rassistischen Rüstungsindustriellen Flick und Krupp wieder in den Besitz ihrer durch Blut und Leiden von Millionen Menschen erkaufen riesigen Vermögen zu bringen. Der amerikanische Rechtsanwalt Georg T. Davis, der zusammen mit zwei weiteren amerikanischen Anwälten die Interessen des Flick- und des Kruppkonzerns wahrnimmt, erklärte vor Pressevertretern rund heraus: "Sie können sich darauf verlassen, daß die Rehabilitierung der ehemaligen Besitzer der deutschen Schwerindustrie durch amerikanische Militärgerichte nicht mehr lange auf sich warten lassen wird!" USA-Gerichte, so versicherte Davis weiter, würden auch die Eigentumsrechte dieser Großindustriellen, die viele Millionen Dollar umrassen, in Kürze klären. Diese "Klärung", so berichtete Davis freimütig, müsse erfolgen, um eben die "Rehabilitierung" der deutschen Schwerindustrie zu ermöglichen.

- 4 -

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Kommentare - 4 -

Das Bundes-Distriktgericht in Washington, dem Davis die "Zivilklage" seiner sauberen Kunden Krupp und Flick zur Rückerstattung ihrer zusammengeraubten Vermögen vorlegen will, soll freilich nicht etwa im Interesse der deutschen Wirtschaft und auch nicht nur im Interesse der deutschen Kriegsverbrecher bemüht werden. Des Pudels Kern ist darin zu sehen, daß die amerikanische Rüstungsindustrie nach gewinnbringenden Kapitalanlagen in westdeutschland drängt, aus verständlichen Gründen aber nur ihresgleichen als Statthalter und Geschäftspartner wünscht. Davis sagte es ganz offen: Da die amerikanischen Finanzleute nicht die Absicht hätten, staatliche Investitionskredite zu geben, könne die Wiedereinsetzung der deutschen Großindustriellen in ihre alten Besitzverhältnisse nicht länger aufgeschoben werden. Es verstehne sich von selbst, so plauderte Davis weiter, daß die USA-Militärregierung die erforderlichen Bestimmungen erlassen werde, um den amerikanischen Geldgebern ihre umfangreichen Investitionen und die daraus fließenden Gewinne zu garantieren.

Um der Profite der Wall Street willen also soll die westdeutsche Industrie wieder denen ausgeliefert werden, die seit Jahrzehnten auf Kosten des ganzen deutschen Volkes, unter ständigem Verrat unserer nationalen Interessen, die deutsche Wirtschaft in den Dienst ihrer hemmungslosen Herrschafts- und Profitgier stellten. Eines ist klar: Die Machtansprüche der Krupp, Flick und anderer deutscher Rüstungskonzerne und ihrer ausländischen Hintermänner sind eine unmittelbare, tödliche Bedrohung nicht nur der deutschen Arbeiter und Angestellten, sondern ebenso der deutschen Unternehmer, die von den unersättlichen Rüstungsmonopolen ebenso verschlungen oder ruiniert würden, wie das vor 1945 geschah.

Eine unauffällige DPD-Meldung, die "Der Tag", das Blatt Jakob Kaisers, am 11. Mai veröffentlichte, zeigt ebenfalls, wie versucht wird, die westdeutsche Wirtschaft ihrer Selbständigkeit zu berauben. Demzufolge muß nach einer neuen Anweisung der JEIA in Ausruhrerklärungen der Name des Exportkunden angegeben werden. Gegenargumente der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft wurden von der JEIA nicht anerkannt. Es ist klar, daß auf diese Weise die westdeutsche Exportindustrie zugunsten amerikanischer Konkurrenten abgewürgt werden soll.

Alle Deutschen, gleichgültig, welcher sozialen Schicht sie angehören, können auf den neuen Vorstoß der Feinde unseres Volkes und des Friedens, die den Aufbau einer unabhängigen, gesamtdeutschen Wirtschaft mit Hilfe deutscher Kriegsverbrecher verhindern wollen, nur eine Antwort haben: Einreihung in die allumfassende nationale Front für Einheit, Frieden und Unabhängigkeit.

(P.L.)

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

Artikeldienst
=====

Erneutes Gelöbnis in Mauthausen

Franz Dahlem über die besondere Verantwortung der deutschen Antifaschisten

Am 8. Mai fand auf dem Appellplatz des früheren KZ Mauthausen (Oberösterreich) die feierliche Einweihung eines steinernen Sarkophags zum Gedenken an die 123 000 in diesem Vernichtungslager Ermordeten statt.

Vom österreichischen KZ-ler-Verband eingeladen, waren starke Delegationen der ehemaligen politischen Häftlinge fast aller europäischen Länder erschienen, um ihre Kränze niederzulegen und das Gelöbnis zu erneuern, das sich die Nationalkomitees beim Abschied nach der Befreiung gegeben hatten. An der Spitze der sowjetischen Delegation stand Armeegeneral Kladowoj. Minister Ruszinek sprach für die polnische Delegation und Kamerad Lenk für die tschechoslowakische. Die Franzosen und Belgier waren, mit dem Sekretär des Verbandes der ehemaligen Deportierten Vallay an der Spitze, 80 Mann stark erschienen. Spanier, Griechen und andere nahmen das Wort. Die deutsche Delegation bestand aus den ehemaligen Mauthausener Häftlingen Franz Dahlem, Heinrich Rau, Fritz Grosse, Bruno Baum, Alfred Reinert, Karl Helfrich.

Die Redner der einzelnen Nationen erneuerten das feierliche Gelöbnis, im Kampf gegen den Faschismus, um die nationale Unabhängigkeit der Völker und die Aufrechterhaltung des Friedens in enger internationaler Solidarität zu kämpfen. Der österreichische Pfarrer Mühlbauer fasste den Inhalt dieses erneuten Gelöbnisses zusammen, als er seine Rede mit dem Aufruf schloß:

"Menschen aller Länder, Völker, Nationen, aller Sprachen, Religionen und Hautfarben, vereinigt Euch für den Frieden!"

Genosse D a h l e m sprach im Namen der deutschen Delegation:

"Wenn man als ehemaliger deutscher politischer Häftling von Mauthausen diesen Platz betritt, wo so viele wertvolle Menschen vom deutschen Faschismus vernichtet wurden, so steigt riesengroß die Verantwortung, die wir mit unserem Gelöbnis auf uns genommen haben, in unserem Bewußtsein empor.

In der Abschiedserklärung der Nationalkomitees der Mauthausener politischen Häftlinge gelobten wir im Mai 1945:

"solidarisch und im gemeinsamen Einverständnis den weiteren Kampf gegen Imperialismus und nationale Verhetzung zu führen."

Wir erklärten: "Der Friede und die Freiheit sind die Garanten des Glücks der Völker - und der Aufbau der Welt auf neuen Grundlagen sozialer und nationaler Gerechtigkeit ist der einzige Weg zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten und Völker."

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

Als Delegierte der deutschen Antifaschisten wollen wir Rechenschaft ablegen, ob wir unseren Anteil am gemeinsamen Gelöbnis, das wir damals 1945 für ganz Deutschland abgaben, in Ehren erfüllt haben oder nicht.

Im Kampf zur Liquidierung des Faschismus haben wir in dem Teil Deutschlands, in dem es eine freie, demokratische Entwicklung gab, in der sowjetischen Besatzungszone, diese Aufgabe erfüllt. Hier sind die faschistischen Kriegsverbrecher und aktiven Nazis mit Hilfe der Besatzungsmacht endgültig wirtschaftlich und politisch entmachtet und unschädlich gemacht worden. An der Spitze der zentralen Verwaltungen in Staat, Wirtschaft und Kultur, in den Landesregierungen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, in den Großbetrieben, in der gesamten Polizei liegt die neue demokratische, friedliche Ordnung fest und sicher in den Händen zuverlässiger Antifaschisten, vieler ehemaliger politischer Häftlinge.

Im Westen Deutschlands konnte diese Aufgabe nicht erfüllt werden. Dort stehen die Antifaschisten im Kampf gegen die wiedererstehenden faschistischen Kräfte, gegen die deutschen Truistherren, die als Hitlers Wirtschaftsführer die Organisatoren der Eroberungskriege waren - geschützt und gefördert von den westlichen Besatzungsmächten. Dies haben auch die tausende Delegierten der VVN auf dem internationalen Befreiungstag in Hamburg ausgesprochen. Aber der Kampf geht weiter, bis auch in Westdeutschland unser Gelöbnis erfüllt sein wird.

Wie haben wir uns in der Frage der internationalen Solidarität verhalten? Von der ersten Stunde der Befreiung an haben wir hartnäckig darum gekämpft, im deutschen Volk die durch die Hitlerzeit verschütteten Ideen der Menschlichkeit und der friedlichen Völkerverständigung zum Durchbruch zu bringen. Die Anerkennung für diese unsere internationalistische Arbeit war die Aufnahme der VVN in die FIAPP, die internationale Organisation der politischen Gefangenen des Faschismus. Die Exekutive der FIAPP und zahlreiche Delegierte ihrer Landessektionen konnten am 12. September 1948, am Gedenktag der Opfer des Faschismus, als in Berlin über eine halbe Million Menschen zur Ehrung der Toten aufmarschierte, sich von der antifaschistischen Einstellung der Bevölkerung überzeugen.

In der gegenwärtigen internationalen Situation stehen neue Aufgaben. Friede und Freiheit in der Welt sind erneut in Gefahr. Der Kampf gegen Imperialismus und nationale Verhetzung muß verschärft geführt werden. In vielen Ländern erheben faschistische Kräfte wieder das Haupt. Unter denselben Losungen des Antikommunismus, die der Hitlerbande als Vorwand für ihre blutigen Überfälle auf die Völker Europas dienten, betreiben neue Aggressoren eine Lügen- und Kriegshetze gegen die freien Völker der Sowjetunion, der Volksdemokratien, gegen alle fortschrittlichen Kräfte in der Welt. Das faschistische Franco-Regime wird von den Imperialisten gestützt. In Griechenland, Indonesien, Vietnam tobt Krieg und Terrorherrschaft gegen die demokratischen Volksteile.

Getreu unserem Schwur müssen wir zu dieser Entwicklung Stellung nehmen. Als gelegentlich der Aufnahme der VVN und des österreichischen KZ-Verbandes 5 von den 7 Mitgliedern des früheren illegalen

Pressedienst
(FD)

12. Mai 1949
Artikeldienst - 3 -

Mauthausener Komitees im vorigen Jahre im Ministerpräsidenten-Palais in Warschau zusammenkamen, faßte Kamerad Cyrankiewicz unsere Unterhaltung folgendermaßen zusammen:

"So wie wir in der Ecke der Baracke 15, auf Grund der Meldungen aus dem Elektriker-Kommando über die internationale Lage, unsere Aufgaben als einzelne Landeskomitees im Lager festlegten, so müssen wir jetzt alle, jeder auf seinem Frontabschnitt, unsere Aufgaben im nationalen Maßstab jedes Landes stellen und lösen."

So wollen wir deutsche Antifaschisten unseren Abschnitt beziehen, unsere Verantwortung übernehmen.

In der Auseinandersetzung der demokratischen Friedenskräfte der Welt gegen die aggressiven imperialistischen Kräfte ist Deutschland zu einem strategischen Punkt geworden, insbesondere nach dem siegreichen Vormarsch der volksdemokratischen Armee Chinas. Von der Entwicklung in Westdeutschland hängt weitgehend die Entscheidung über die Herstellung des Friedens oder über die Gefahr des Krieges in Europa und in der Welt ab. Sowohl für uns Deutsche selbst, wie für alle Nachbarvölker ist die Frage der Einheit Deutschlands oder der Spaltung Deutschlands zu einer Lebensfrage, zu einer Frage der Sicherheit vor einem neuen Krieg, der Wahrung der demokratischen Freiheiten, zu einer Frage der nationalen Unabhängigkeit geworden.

Wir sind uns der besonderen Verantwortung bewußt, die wir deutsche Antifaschisten in dieser Situation tragen. Wir wissen, daß es vom Kampf der antifaschistischen, demokratischen Kräfte in Deutschland weitgehend abhängt, ob die Westzonen Deutschlands zum Ausbildungsplatz, zum Rekrutendepot deutscher und fremder Söldner, zur Aufmarschbasis für eine neue Invasion gegen die Völker Europas werden kann oder nicht.

So wollen wir hier in Mauthausen, in Erinnerung an all die Grausamkeiten und Bestialitäten, die wir selbst erlebten, hier in Mauthausen, wo der Abscheu und der Haß gegen den Faschismus heiß in Herz und Hirn brennt, feierlich erklären, daß wir leidenschaftlich für den Frieden kämpfen werden, daß wir unerbittlich jeden faschistischen Versuch neuer Aggression, neuer Unterjochung friedliebender Völker mit dem Willen zur Vernichtung der Angreifer niederkämpfen wollen.

Im Gedenken an die Toten aller Nationen, angesichts der Delegierten aus allen Ländern, geloben wir, daß wir unsere Pflicht im internationalen Kampf um den Frieden, um die Freiheit, um die Unabhängigkeit aller Nationen, auch der unsrigen, unter allen Umständen erfüllen werden. In der Weltfriedensfront wollen wir in den ersten Reihen kämpfen.

Immer wird uns das hohe Ziel vor Augen stehen, das wir uns in unserer Abschiedserklärung hier auf diesem Platz im Jahre 1945 zu erkämpfen geliebt haben:

Wir werden einen gemeinsamen Weg beschreiten:
den Weg der unteilbaren Freiheit aller Völker,
den Weg der gegenseitigen Achtung,
den Weg der Zusammenarbeit am großen Werk des Aufbaus
einer neuen, für alle gerechten, freien Welt!"

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Artikeldienst - 4 -

Kontrollkommissionen und Volkskontrolle

(Von Fritz Lange, Vorsitzender der Zentralen Kontrollkommission bei der DWK)

Am 27. und 28. April dieses Jahres tagte in Leipzig die erste Konferenz der Kontrollkommissionen und der Volkskontrollausschüsse, auf der über die Aufgaben der Volkskontrolle im Sinne der Festigung der demokratischen Ordnung und der Sicherung der Durchführung des Zweijahrplanes beraten wurde. An dieser Konferenz nahmen die Mitglieder und verantwortlichen Angestellten der Kontrollkommissionen, die Kreis kontrollbeauftragten und die gewählten Delegierten der Volkskontrollausschüsse und einer großen Anzahl von Schwerpunkt betriebl. Unter den Delegierten befanden sich Angehörige aller antiraschistisch-demokratischen Parteien und Parteilose.

Die bisherige Arbeit der Kontrollkommissionen konnte in der kurzen Zeit ihres Bestehens nicht völlig befriedigend sein, einfach deshalb, weil diese Arbeit in Deutschland völlig neu ist und überhaupt erst einmal Erfahrungen gesammelt werden mußten. Die bisherige Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse litt vor allem darunter, daß es eine Leitung und irgendwelche konkreten Richtlinien für die Arbeit so gut wie gar nicht gab. Nicht nur bei den Volkskontrollausschüssen selbst, auch bei vielen Funktionären der politischen Parteien, der demokratischen Massenorganisationen, in Verwaltung, Justiz, Polizei und Wirtschaft bestanden meistens lediglich nebelhafte Vorstellungen über die Volkskontrolle.

Die große Bedeutung der Leipziger Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse liegt besonders darin, daß die gegenwärtigen und nächsten Aufgaben der Volkskontrolle klar umrissen und die Methodik der Arbeit festgelegt wurden. Die Konferenzteilnehmer verwarfen einmütig die bisher häufig zu einseitig, hilfe-polizeiähnliche Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse und erkannten, daß eine Sicherung der Durchführung des Zweijahrplanes nur durch eine planmäßige Kontrolle möglich ist, die sich besonders auf im Plan-Soll zurückgebliebene Schwerpunkte zu konzentrieren hat. In der Erkenntnis, daß die Kontrolle "von oben" nicht ausreichend ist, gaben die Delegierten in der Diskussion zahlreiche Beispiele dafür, daß die Kontrolle "von unten" eine notwendige Ergänzung ist, um eine umfassende Kontrolle der Durchführung der Gesetze, Beschlüsse und Anordnungen der DWK, der Regierungen und anderer leitenden Organe der Verwaltung, Justiz und Wirtschaft überhaupt erst gewährleisten zu können.

Die Teilnehmer der Leipziger Konferenz begrüßten besonders die Vorschläge, eine breite Schulungsarbeit in den Volkskontrollausschüssen zu entfalten, um mit Hilfe der Volkskontrolle jene wertvollen qualifizierten Kräfte zu entwickeln, die heute noch in vielen Organen der Verwaltung und Wirtschaft ruhen und unentdeckt in den werktätigen Massen schlummern. Die Volkskontrollausschüsse müssen die Schulen der werktätigen werden, die an praktischen Beispiele

PresseDienst
(PD)

12. Mai 1949
Artikeldienst - 5 -

len der Kontrolle lehren, wie eine volksverbundene, demokratische Verwaltung zu arbeiten hat und wie bürokratische Mißstände in Verwaltung und Wirtschaft zu überwinden sind.

Die Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse brachten in Leipzig zum Ausdruck, daß unter Kontrolle nicht "Beaufsichtigung" im Sinne des früheren Obrigkeitsstaates zu verstehen ist, sondern daß Volkskontrolle in erster Linie und hauptsächlich bedeutet: Verbeugende Hilfe und Unterstützung für die demokratischen Verwaltungen, Justiz und Wirtschaft! Die Volkskontrolle muß deshalb dazu beitragen, daß das Verhältnis der gesamten werktätigen Bevölkerung zu Verwaltung, Polizei, Justiz und Wirtschaft verändert wird. Einige Organe von heute begegnen bei einem Teil der Bevölkerung Mißtrauen und Ablehnung. Zwischen mancher Verwaltung und manchen Teilen der Bevölkerung gibt es noch Reste jener Mauer, die die früher herrschenden Klassen stets errichtet hatten, um die Exklusivität der Verwaltung als Instrument zur Unterdrückung und Ausplünderung der Massen sichern zu können. Nicht immer haben die heutigen Verwaltungsorgane alles getan und unter Beweis gestellt, daß der Verwaltungsapparat der demokratischen Ordnung nur unbürokratisch sein kann, wenn er wahrhaft volksverbunden ist.

Die Leipziger Konferenz hat zum Ausdruck gebracht, daß nur in verständnisvoller Zusammenarbeit aller demokratischen, fortschrittlichen Elemente in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft, der Kontrolle "von oben" mit der Deutschen Kontrollkommission, den Landeskontrollkommissionen, den Kreiskontrollbeauftragten und den Volkskontrollausschüssen, der Kontrolle "von unten", die Probleme des Zweijahresplanes gemeistert und die antifaschistisch-demokratische Ordnung gerestet werden können. Das Verhältnis zur Volkskontrolle wird einer der Prüfsteine sein, um zu ermitteln, ob der verantwortliche Leiter einer Verwaltung oder eines Betriebes, ob ein Richter oder Staatsanwalt ein ehrlicher Demokrat ist oder ob es nicht an der Zeit ist, dem einen oder anderen selbstgerällig und bequem gewordenen "Würdenträger" behilflich zu sein, wieder zur Besinnung zu kommen. Die besten Funktionäre in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft sind gerade gut genug, um in den Volkskontrollausschüssen mitzuarbeiten und jene Kräfte zu schulen, die heute noch an vielen Stellen fehlen, um unverbesserliche Kanzleimenschen und sonstige nur "zum Dienst gehende" Personen ersetzen zu können.

In der Leipziger Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse wurde betont, daß die Volkskontrolle von der Autorität aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen getragen sein muß. Darüber hinaus hat die Erfahrung gelehrt, daß das bisherige System der schematischen Benennung von Mitgliedern für die Volkskontrollausschüsse lediglich durch Parteien und Organisationen nicht ausreicht, um die Volkskontrolle zu einer Angelegenheit der gesamten Bevölkerung werden zu lassen. Die neuen Richtlinien für die Volkskontrollausschüsse sehen deshalb vor, daß ausser den bisher üblichen Delegierungen durch Parteien und Organisationen jede gesetzlich zulässige Versammlung berechtigt ist, Vertreter zu wählen und in die Volkskontrollausschüsse zu entsenden. Das gilt besonders für die stärkere Heranziehung von Jugendlichen und von Frauen. Jede Hausfrauenver-

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Artikeldienst - 6 -

sammlung, deren Teilnehmer in den meisten Fällen nicht politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind, ist berechtigt, Wahlen zur Verstärkung der Volkskontrollausschüsse vorzunehmen.

Wie soll z.B. die Durchführung der bedeutungsvollen Anerkennung der DWK über die Verbesserung der Lage der Intelligenz kontrolliert werden, wenn nicht die Lehrer und Elternausschüsse das Recht erhalten, aus ihren Versammlungen heraus Mitglieder in die Volkskontrollausschüsse zu wählen, um zu überprüfen: Wie sind die Wohnverhältnisse und wie ist die Versorgung der Lehrer beschaffen? In welchem baulichen Zustand befinden sich die Schulen? Wie sieht es mit der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln aus? Was kann örtlich geschehen, um zusätzlich die Schulspeisung zu verbessern? usw. Es ist kaum anzunehmen, daß das Volksbildungsministerium eines Landes nur auf einen Teil der angeschnittenen Fragen eine konkrete erschöpfende Antwort geben kann und daß die beste Verwaltung in der Lage ist, rein administrativ die erforderlichen konkreten Unterlagen zu erstellen, ohne Mithilfe einer "Kontrolle von unten", ausgeübt durch solche Bürger und Bürgerinnen, die unmittelbar an der Lösung der sie angehenden Fragen interessiert sind.

Das trifft aber auf die gesamte Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse zu. Deshalb bedeutet jedes verlässliche Erstarren der Volkskontrollausschüsse, nur gestützt auf die von den Parteien und Organisationen nominierten Mitglieder der Volkskontrollausschüsse, genau das Gegenteil von dem, was erstrebt werden muß. Die Volkskontrollausschüsse sollen Organe (nicht Organisationen!) einer breiten Volksbewegung werden. Heute, bei der Kontrolle der Durchführung der Registrierung und Ausreidigmachung der Schrottreserven werden es Metallarbeiter sein, die von den interessierten metallverarbeitenden Betrieben als Spezialisten in den Volkskontrollausschuß gewählt werden. Morgen werden es die Lehrer sein, die selbst im Volkskontrollausschuß mitarbeiten werden, um zu prüfen, ob ihre Angelegenheiten im Sinne der Anerkennung der DWK durchgeführt werden.

All das bedeutet: die Aufgabe der Volkskontrollausschüsse wird darin bestehen müssen, mit einem Minimum von bisher bereits aktiv antifaschistisch-demokratisch tätigen Menschen ein Maximum von bisher relativ passiven Menschen für die Sicherung der Durchführung des Zweijahrplanes und für die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu mobilisieren. Das, was für eine Organisation von Übel ist, nämlich Fluktuation, bedeutet für eine Volkskontrolle, wenn sie eine breite Massenbewegung werden soll, das eigentliche Leben. Je mehr werktätige aller Art durch die Schule der Volkskontrolle gehen, desto größer wird die Möglichkeit sein, aus den Reihen dieser werktätigen die organisatorischen Talente und sonstigen Begabungen zu entdecken, über deren angebliches Nichtvorhandensein noch heute viel gejammert wird und auf Grund dessen noch mancher Bürokrat und versteckte Volksfeind seine Existenz fristet.

PresseDienst
(PD)

12. Mai 1949
Artikeldienst - 7 -

Die Leipziger Konferenz machte sich die Auffassung des Landesvorstandes der CDU Thüringen zu eigen, daß Unternehmer in den Volkskontrollausschüssen unerwünscht sind, weil immer damit die Gefahr verbunden ist, die Zugehörigkeit zum Volkskontrollausschuß zu persönlichen Vorteilen auszunutzen. Die Leipziger Konferenz erarbeitete ferner ein klares Verhältnis der Volkskontrolle zu der Tätigkeit der Betriebsgewerkschaftsleitungen und zu den Fragen der innerbetrieblichen Kontrolle. Die Konferenz hob hervor, daß die "Kontrolle von unten" keinen Leiter einer Verwaltung oder eines Betriebes von seiner persönlichen Verantwortung entbindet.

Es ist selbstverständlich, daß die Leipziger Konferenz an gewissen schädlichen Erscheinungen in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft nicht gleichgültig vorübergehen konnte. Eine große Anzahl Diskussionsredner, Angehöriger verschiedener Parteien und Parteienlose, bewiesen an vielen konkreten Beispielen die Notwendigkeit, die bisherige Wirtschaftsstraßverordnung durch einen besonderen Beschluß des Plenums der DWK über die Schaffung eines Gesetzes zum Kampf gegen Spekulanten und Schieber zu ergänzen. Die Delegierten bestätigten ferner einmütig die Auffassung der Zentralen Kontrollkommission, daß in den verantwortlichen Funktionen der ZKK, der Landeskontrollkommissionen und der Kreiskontrollbeauftragten in der Hauptsache zunächst nur solche Personen tätig sein können, die in der Hitler-Periode ihre demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt haben. Die neuen Richtlinien für die Volkskontrollausschüsse gestatten aber jedem Bürger und jeder Bürgerin, die die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und als unbescholten gelten, Mitglied des Volkskontrollausschusses zu werden. Das gilt auch für solche früheren Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen, die heute im Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrsplans und in der Festigung unserer antiraschistisch-demokratischen Ordnung ehrliche Arbeit leisten.

Die Leipziger Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse zeichnete sich durch eine hervorragende Disziplin, Sachlichkeit und durch ein gutes, demokratisches Niveau aus. Der disziplinierte Verlauf der Konferenz, die Tatsache, daß alle Delegierten lebhaften Anteil nahmen, die äußerst lebendige, positive Diskussion bewiesen, daß gute Ansätze vorhanden sind, um die Volkskontrollausschüsse zu einer soliden Stütze unserer antiraschistisch-demokratischen Ordnung werden zu lassen. Die Konferenz begrüßte die Worte des Generalsekretärs der CDU, Dertinger, der "die Volkskontrolle als Instrument der Friedenssicherheit" bezeichnete.

Die Delegierten der Leipziger Konferenz werden in diesen Tagen die praktischen Lehren ziehen, die bisherigen Volkskontrollausschüsse im Sinne der neuen Richtlinien reorganisieren und überall da neue Volkskontrollausschüsse ins Leben rufen, wo man bisher die Bedeutung der Volkskontrolle noch nicht genügend erkannt hat. Der von der Leipziger Konferenz einstimmig beschlossene Aufruf an das deutsche Volk wird zweifellos ein starkes Echo finden. Die Leipziger Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse war ein bedeutsamer Schritt vorwärts im Kampf um die Sicherung eines größeren Stückes Brot, einer besseren Kleidung, einer menschenwürdigeren Wohnung, einer höheren Kultur! Die Konferenz war ein ernsthafter Beitrag im Kampf für die einheitliche demokratische deutsche Republik!

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Die Völker Latein-Amerikas sind für den Frieden

(PD)

In einem Interview gab der Generalsekretär der kommunistischen Partei Brasiliens, Luis Carlos Prestes, folgende Erklärung ab, die in der kubanischen Zeitung "Hoy", die in der Hauptstadt Havanna erscheint, zur Veröffentlichung gelangte:

"Heute ist Latein-Amerika die Nachhut des amerikanischen Imperialismus und seine Lebensmittel- und Rohstoff-Reserve, sowie eine Reserve zahlreicher Materialien, die für die Kriegsindustrie benötigt werden. Außerdem bedeutet die 130 Millionen starke Bevölkerung Latein-Amerikas für die Militaristen eine erhebliche Reserve an Kanonenfutter.

Die amerikanischen Monopole und die Washingtoner Regierung, fuhr Prestes fort, messen unsern Ländern so große Bedeutung bei, daß sie nicht davor zurückschrecken, in jedem dieser Länder eine Polizeidiktatur hitlerischen Typus einzusetzen, um völlige Kontrolle über Latein-Amerika zu gewinnen, wobei diese Regierungen dem State Department gänzlich hörig sind. Wenn latein-amerikanische Regierungen es ablehnen, die sklavenhafte Rolle von Brasiliens Dutra oder Chiles Gonzales Videla zu spielen, so lösen amerikanische Agenten dieses Problem durch einen Staatsstreich der Armee, wie es in letzter Zeit in Venezuela, Peru, Paraguay und Costa Rica geschehen ist.

Prestes betonte die Wichtigkeit, unverzüglich den Kampf für den Frieden auf dem ganzen latein-amerikanischen Kontinent zu organisieren und erklärte, daß die aggressiven Pläne der Kriegshetzer gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien nur dadurch im Keim erstickt werden könnten, daß die enormen demokratischen Kräfte, die in Latein-Amerika existieren, intensiv mobilisiert und um diejenigen Persönlichkeiten geschart werden, die sich einer allgemeinen Popularität erfreuen, wie z.B. den früheren Präsidenten Mexikos, Cardenas, der seit langen Jahren für Frieden und Demokratie in Latein-Amerika gekämpft hat.

Auf diese Weise können die Völker Latein-Amerikas den aggressiven Plänen der amerikanischen Imperialisten einen vernichtenden Schlag erteilen und neues Blutvergießen verhindern. Wir werden nie die Waffen gegen die ruhmreiche Sowjetunion erheben, erklärte Prestes; sollten aber die verräterischen Regierungen unserer Länder versuchen, uns in einen neuen Krieg hineinzuziehen, so werden wir diesen Krieg in einen Befreiungskampf für unsere Länder verwandeln - in einen Kampf gegen das imperialistische Joch. Dies ist der einzige Ausweg für alle Patrioten und ehrlichen Menschen Latein-Amerikas."

(G.G.)

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Streiflichter zur finnischen Situation

(PD)

Im Vordergrund der finnischen Situation steht die wachsende Arbeitslosigkeit, die fast 60 000 registrierte Arbeitslose zählt, wozu dann noch diejenigen kommen, die sich nicht registrieren lassen. Diese Arbeitslosigkeit ist eine Folge der westlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik Finnlands. Die internationale kapitalistische Wirtschaftskrise wirft auch auf Finnland ihre tiefen Schatten. Der finnische Export stockt. Wohl steht Finnland auch mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern im Handelsaustausch, doch lange nicht in dem Maße, wie es durch die Stellung Finnlands in der heutigen weltpolitischen Situation nach seinem verlorenen Krieg bedingt wäre.

Um die wirtschaftliche Situation Finnlands "in Ordnung" zu bringen, hat die rechtssozialdemokratische Regierung ein großes "Generalplan-Komitee" eingesetzt, das von den Vertretern der privaten Großindustrie und des Finanzkapitals völlig beherrscht wird, so daß man im voraus weiß, daß die Maßnahmen des Komitees einseitig die Interessen der Privatwirtschaft und nicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. Auf Vorschlag dieses Komitees hat die sozialdemokratische Regierung nunmehr den Preis für Getreide auf 20.-- Mark das Kilo erhöht - von der Sowjetunion kann Finnland Getreide zu 7.50 Mark das Kilo bekommen! Es wird also die verhängnisvolle Kriegspolitik der finnischen Landwirtschaft fortgesetzt: um jeden Preis die Selbstversorgung durch Getreide zu erstreben, auch wenn die Bedingungen dazu nicht vorhanden sind. Außerdem kommt die Erhöhung des Getreidepreises nur den größeren Bauernwirtschaften zugute, d.h. denen, die Getreide verkaufen können, aber das sind nur 12,7% der Bauernwirtschaften. Die kleineren Bauern, die mitunter Getreide kaufen müssen, müssen zu dieser "Großbauernhilfe" beitragen. In Zusammenarbeit mit diesem Komitee hat die sozialdemokratische Regierung zur Wahrung der kapitalistischen Interessen zum 1. Mai die Wohnungsmieten erhöht. Kein Wunder, daß die Rechtspartei ihre schützende Hand über die rechtssozialdemokratische Minderheitsregierung hält und ihr das Vertrauen ausspricht, hat sie doch Lohnerhöhungen abgelehnt.

Da durch diese kapitalistische Interessenpolitik der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung aber ständig sinkt und die Geschäfte zwar voll mit Waren, aber arm an Käufern sind, so ist es nicht zu verwundern, daß ein Streik um den andern ausbricht und immer neue Streiks drohen, zumal die Gewinne der Großindustrie im letzten Jahr um 50 und 100% gestiegen sind.

Im finnischen Reichstag haben die Volksdemokraten den Antrag eingebracht, daß das Vermögen der faschistischen Organisationen wie Schutzkorps, Lottas usw., die durch den Waffenstillstand verboten wurden, dem Staat zufallen solle, doch hat die Reaktion den Antrag niedergestimmt. So ergibt sich die Komödie: die faschistischen Organisationen wurden zwar aufgelöst, aber deren große Vermögen bleiben unangetastet.

Die sozialdemokratische Parteiführung hat ein vertrauliches Rundschreiben an die Parteiorganisationen und Abteilungen geschickt, wo-

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

rin dargelegt wird, daß am 1. Mai keine gemeinsamen Feiern mit den Volksdemokraten veranstaltet werden sollten. Doch trotz dieser Splitterpolitik der Führung der rechten Sozialdemokraten fanden an vielen Orten gemeinsame 1. Mai-Feiern statt.

Während des Hitlerregimes wurde Finnland von getarnten deutschen Nazistudenten und Nazi-Wandervögeln heimgesucht, die den "Anschluß" Finnlands an Hitlerdeutschland vorbereiteten, heute setzt Amerika in derselben Richtung die Hitlertradition fort. Gegenwärtig "arbeiten" 38 amerikanische Offiziere als Missionare der Mormonen-Sekte in Finnland. Besonders interessieren sie sich für Studienzirkel in Reserveoffiziersklubs, die harmlos als englischer Sprachunterricht getarnt sind. Auf diese Weise wird der Kontakt mit finnischen Offizierskreisen hergestellt. Der Zweck ist derselbe wie in der Hitlerzeit: antikommunistische und antisowjetische Propaganda.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Lagerholm, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit nach Westen, in die skandinavischen Länder fährt, war zu der 60-Jahrfeier der schwedischen Sozialdemokratie als Vertreter der finnischen Sozialdemokratie (obwohl er nicht zu den gewählten Mitgliedern des Parteivorstandes gehört!) nach Stockholm gefahren, wo er mit den sozialdemokratischen Marshalliten Norwegens, Dänemarks und Islands vertrauliche Zwiesprache halten konnte.

Die offizielle Staatsführung, wie die Wirtschaft und die bürgerlich-sozialdemokratische Presse haben bis zum heutigen Tag die wahre finnische Situation nicht erfaßt: sie setzen ihre alte Politik der westlichen Verankerung fort und treiben eine infame antikommunistische Hetze, die streng genommen im Widerspruch zum Friedensvertrage steht. Die offiziellen finnisch-sowjetischen Beziehungen befinden sich heute bereits wieder in einer Sackgasse.

Doch trotz der ungeheuren Macht der Reaktion, die von der Rechtspartei bis zur rechtssozialdemokratischen Führung reicht, wachsen doch ständig die fortschrittlichen Kräfte in Finnland. Das zeigen u.a. die großen Feiern im ganzen Land anlässlich des Jahrestags des Freundschafts- und Beistandspaktes mit der Sowjetunion. Hierbei kam deutlich zum Ausdruck, wie in immer breiteren Schichten die Einsicht durchdringt, daß nur die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion den Frieden des finnischen Volkes sichern kann. Mauno Pekkala, der finnische Ministerpräsident von 1945-48; erklärte in seiner Festrede zum Jahrestag u.a.: "Wir stehen auf der Seite der Sowjetunion, wenn sie angegriffen wird!"

Friedrich Ege

"Herrlicher Baikal, du heiliges Meer..."

(RD)

So beginnt ein altes russisches Volkslied über den schönen Baikal-See. Großartig ist die strenge Schönheit des Baikals mit seinen Felseninseln, den leuchtenden Schneegipfeln, die das kristallklare Wasser umrahmen. Doch nicht nur seine Schönheit macht den Baikal berühmt. Er birgt wertvolle Fischarten, wie den zarten Äsche, den

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Stimmen des Auslandes- 4 -

Schnäpel, den Barsch und den Stolz der Baikal-Fischer, den Omul, der nur im Baikal und durch den Angara im Jenissej-Fluß aufzufinden ist. Sonst gibt es nirgends in der Welt diesen Fisch.

Der Fischfang konzentriert sich hauptsächlich auf den kleinen See, das ist der westliche Teil des Baikals. Im Sommer kommen riesige Züge Omulen, Äschen und Kaulköpfe zum Laichen in diesen Teil des Sees. Da beginnt für die Baikal-Fischer die Zeit der harten Arbeit, 50 - 60 Tage arbeiten sie rastlos. Die Fischer sind in der Mehrzahl mutige Burjaten.

Motorboote und Kutter bugsieren die Fischerbotten zu den Fangplätzen. Tag und Nacht werden die riesigen tausend meter langen Netze und andere Fanggeräte ausgeworfen. Im vorigen Jahr hat einer der ältesten Baikalfischer, Daniel Dudejew, den Rekord geschlagen, indem er mit einem Fang 25 Tonnen Omulen herausholte. Daniel Dudejew ist ein angesehener, erfahrener Fischer. Für seine Leistungen wurde er des öfteren ausgezeichnet. Im vorigen Jahr hat ihm der Fischereitruist am Ufer des Baikals ein neues Haus errichtet.

Der Fischer Urbachanow hat in seinem Leben so viel Omulen gefangen, daß er einige Güterzüge füllen könnte. Die Bevölkerung hat ihn zum Deputierten in den Irkutsker Gebiet-Sowjet gewählt. In zwei Jahren hat seine Kolonne ihren Fünfjahrplan erfüllt. Im vorigen Jahr lieferte sie 83 Tonnen Fische über das Soll. Insgesamt haben die Fischer des kleinen Sees den Plan für 1948 um 500 Tonnen überboten. Die Fischerhütten der Kolonnen sind sauber und gemütlich; Radio, Bibliotheken, Musikinstrumente und Schachspiele stehen den Fischern zur Verfügung.

Im Winter, wenn das Eis nach hartem Kampf den Baikal besiegt hat, beginnt die Jagd auf Seehunde. Auf Schlitten, hinter weißen Tarnflächen, pirschen sich die Jäger an die Seehunde heran, um sie mit dem Gewehr zu erlegen. Andere verlegen ihr Jagdrevier in die Wälder, wo sie Jagd auf den Bargusin-Zobel machen.

Das smaragdblaue Wasser, Stürme, die mächtigen Wellen, die mit Donnergetöse ans Ufer schlagen, haben viele Volkssagen über den Baikal entstehen lassen. Sein Wasser wird von 300 Flüssen herangetragen. Der mächtige, reißende Angara-Fluß führt das Wasser dann in die sibirische Taiga, in den Jenissej, der es ins Nördliche Eismeer strömen läßt.

Zur Information

=====

Liberia, die afrikanische Kolonie der USA

(PD)

Der kleine "Negerstaat" Liberia an der Westküste Afrikas wurde während des Krieges zu einer wichtigen amerikanischen militärischen Basis ausgebaut. Die Amerikaner legten u.a. einen Flugplatz an und begannen den Bau einer großen Hafenanlage in der Hauptstadt Monrovia, die allerdings erst im Sommer letzten Jahres fertig wurde.

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Die Bevölkerung Liberias besteht zum größten Teil aus Negeren. Eine kleine "Oberklasse" von Mulatten - Nachkommen von freigegebenen Negeren aus den USA - herrscht über 1 1/2 Millionen "Ureinwohner". Doch in Wirklichkeit ist Liberia eine amerikanische Kolonie.

Bereits in den Jahren zwischen den beiden Kriegen zeigte das amerikanische Kapital Interesse für das Land. Die "Firestone Company" legte dort Gummipflanzungen an, um das Gummimonopol der Engländer, das den amerikanischen Automobilkönigen ein Dorn im Auge war, zu brechen. Anfangs ging es nicht besonders gut, doch änderte sich das während des Krieges, und die Besitzer heimsten viel Geld ein. Heute besitzen die Pflanzungen 10 Millionen Gummibäume mit 25 000 eingeborenen Arbeitern.

In einem Artikel des amerikanischen Propagandaorgans "Das Beste" wird berichtet, daß das ganze Pflanzungsgebiet durch Stacheldrahtzäune vom übrigen Liberia abgesperrt ist. Man kann stundenlang fahren, ohne das Gebiet zu verlassen. Aus demselben Artikel, dem man wohl glauben kann, geht hervor, daß die Eingeborenen durchschnittlich 1 Krone am Tag verdienen. Das scheint unter der Grenze dessen zu liegen, was man sogar einem farbigen Arbeiter bieten kann. Das Propagandaorgan fügt optimistisch hinzu: "Für die liberischen Verhältnisse ist das eine gute Entlohnung." Es gibt also Arbeiter in diesem Paradies, denen es noch schlechter geht.

Während des Krieges war Edward R. Stettinius, damals stellvertretender Außenminister der USA, zu einem kurzen Besuch in Liberia. Dieser rührige Geschäftsmann - er ist Präsident des Stahltrusts - erkannte sofort die vielen Möglichkeiten für Geschäfte in diesem von der Natur so reich ausgestatteten, aber leider traurig vernachlässigten Land. Gemeinsam mit einigen Freunden startete er die "Liberia Company". Stettinius und seine Freunde verfügen über die Aktienmajorität in dieser Gesellschaft. Er brauchte sich nicht sehr anzustrengen, um die liberische Regierung von ihren Verpflichtungen zu überzeugen. Die Gesellschaft bekam die "Erlaubnis", bis zum Jahre 2027 mit Ausnahme von Gummi alles, was sie wünscht, in Liberia zu gewinnen. Dabei handelt es sich um Eisenerz mit 70% Eisengehalt, großen Möglichkeiten für die Anlage von Ananasplantagen, Goldvorkommen, Fischerei usw. Wie jetzt bekannt wird, ist die "Entwicklung" der Hilfsquellen des Landes in Gang gekommen.

Die Initiative Stettinius in Liberia ist charakteristisch für die amerikanische Kombination von Politik und "reinem" Geschäft. Nach liberalen Vorstellungen vergangener Zeiten müßte Stettinius wegen Mißbrauchs seiner Stellung angeklagt und zu langjähriger Gefängnisstrafe verurteilt werden. Doch Stettinius und seine Freunde können ruhig sein. Im Artikel in "Das Beste" lesen wir: "Derjenige, der in Liberia ein Unternehmen ohne Erlaubnis und Unterstützung von Stettinius starten will, wird es nicht einfach haben."

Das stimmt sehr gut mit der Forderung der Amerikaner auf "offene Türen" für das Kapital und Handlungsfreiheit überall in der Welt überein. Mit "ehrlichem Geschäft" meint man offensichtlich die Achtung des Grundsatzes, daß "eingeborene" Arbeiter unter keinen Umständen mehr als eine Krone am Tag verdienen dürfen.

Pressedienst
(PD)

12. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Die zivilisatorische Tätigkeit der Amerikaner in Liberia hat bis jetzt keine merklichen Spuren im äußeren Aussehen der Hauptstadt hinterlassen. Monrovia ist nach "Das Beste" eine Ansammlung von elenden Hütten mit Wellblechdächern, sowie einigen wenigen modernen Häusern. Die Stadt hat nur zwei moderne Straßen, die nach amerikanischer Gewohnheit "parallel verlaufen". Hier und da steht ein schläfriger Polizist und bedient die Verkehrsampeln, obgleich der Verkehr in der Hauptsache aus den halbverhungerten schwarzen Schweinen der Eingeborenen besteht, die frei in den Straßen umherlaufen. Liberia heißt "Land der Freiheit". Die freigelassenen Negerklaven, denen es gelang, aus dem "Land der Freien" den Südstaaten der USA, herauszukommen, nannten ihre neue Heimat "Liberia". Die Geschichte erlaubt sich ab und zu einen kleinen Spaß.

Truman kündigte kürzlich verstärkte amerikanische Tätigkeit zur Entwicklung dieses rückständigen Landes an. Die Herren der Wallstreet wollen nicht länger zulassen, daß Engländer, Franzosen und Holländer an irgendeiner Stelle der Welt Privilegien besitzen, an denen sie selbst keinen Anteil haben. Mit Recht kritisieren sie ihre verarmten Kollegen, daß sie die Lage in ihren Kolonien nicht beherrschen und wollen ihre Erfolge antreten. Es ist zweifelhaft, ob die armen rückständigen Eingeborenen besonders viel Erfreuliches bei diesem Tausch erleben werden. Für sie ist es so oder so dasselbe. Das Beispiel Liberia deutet unbedingt darauf hin.

(Aus "Friheten", Oslo)